



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/012/2020)

am Donnerstag, 11. Juni 2020,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anwesend:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Agnes Scharnetzky

CDU-Fraktion
Matthias Dietze
Peter Miersch

Fraktion DIE LINKE.
Tilo Kießling

SPD-Fraktion
Dorothee Marth

FDP-Fraktion
Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder
Melanie Hörenz-Pissang
Sven Marschel
Thomas Preißler
Carsten Schöne
Anja Stephan

beratende Mitglieder
Sabine Bibas
Kathleen Fritz
Ekaterina Kulakova
Sylvia Lemm
Anke Lietzmann
Jack Müller
Gunther Reinsch
Janett Schmeling
Juliana Schneider
Roland Wirlitsch
Rüdiger Zwickirsch

Stellvertretende Mitglieder
Kerstin Lies
Heiko Müller
Olga Sperling
Birke Tröger

Vertretung für Frau Tina Siebeneicher
Vertretung für Herrn Christian Pinkert
Vertretung für Herrn Markus Degenkolb
Vertretung für Frau Anett Dahl

Abwesend:Vorsitzender

Dirk Hilbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

Fraktion Alternative für Deutschland

Christian Pinkert

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

beratende Mitglieder

Thomas Berndt

Markus Degenkolb

Christian Georgi

Sascha König-Apel

Jan Pratzka

Detlef Sittel

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Verwaltung:

Frau Eulitz

Rechtsamt

Frau Dreißig

Jugendamt

Frau Puschbeck

Jugendamt

Frau Hundeck

Amt für Kindertagesbetreuung

Schriftführerin:

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- 1** Kontrolle der Niederschrift vom 30. April 2020
- 2** Umbesetzung Unterausschuss Förderung
- 3** Informationen/Fragestunde
- 4** Strategische Planung zur Umsetzung inklusiver Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Dresden

**V0141/19
beschließend**

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 5 | Sozialen Folgen der Corona-Krise begegnen - Handlungsspielraum erhalten | A0083/20
beratend |
| 6 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

nicht öffentlich

- 7** Informationen

öffentlich

Einleitung:

Frau Hörenz-Pissang begrüßt stellvertretend für den abwesenden Vorsitzenden die Mitglieder und Gäste zur 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat hätte am 4. Juni 2020 eine Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss beschlossen. Aufgrund des Ausscheidens von Frau Franke wäre Herr Preißler als neues stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt worden.

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung, diese wird einstimmig bestätigt.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 30. April 2020

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen. Sie wird einstimmig bestätigt.

2 Umbesetzung Unterausschuss Förderung

Frau Hörenz-Pissang schlägt Herrn Thomas Preißler als Nachfolger für Frau Julia Franke im Unterausschuss Förderung vor.

Weitere Vorschläge gibt es nicht, sodass **Frau Hörenz-Pissang** fragt, ob jemand der Einigung widerspreche. Da dies nicht der Fall sei, könne eine offene Abstimmung erfolgen.

Frau Hörenz-Pissang bittet um Abstimmung zur Umbesetzung im Unterausschuss Förderung.

Herr Thomas Preißler wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen als Nachfolger von Frau Julia Franke gewählt.

Herr Stadtrat Kießling meint, bisher seien die Mitglieder der Unterausschüsse gewählt worden und dieses Verfahren treffe auch auf die Nachbesetzungen zu. Auf der Einladung zur heutigen

Sitzung sei keine Wahl aufgeführt, er hätte gerne eine Prüfung, ob die Verfahrensweise so korrekt sei.

Das heutige Verfahren weiche nicht ab von den in der Vergangenheit vorgenommenen Umbesetzungen in den Unterausschüssen, erläutert **Frau Eulitz**. In der SächsGemO sei eine Einigung vorgesehen. Es bestehe die Möglichkeit der Einigung zu widersprechen und dann werde eine Wahl durchgeführt.

Herr Stadtrat Kießling präzisiert seine Frage. Wenn der Unterausschuss in Form einer Wahl besetzt worden sei, müsse die Ladung bei einer Umbesetzung auch die Wahl aufführen. Er wünsche sich, dass die Thematik geprüft werde.

Frau Hörenz-Pissang nimmt den Hinweis auf.

Weitere Fragen gibt es nicht. **Frau Hörenz-Pissang** erklärt den Tagesordnungspunkt für beendet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

3 Informationen/Fragestunde

Ein Sachverhalt zu den ambulanten Fachleistungsstunden hätte **Frau Lemm** erreicht. Diesen Sachverhalt nehme sie mit und stelle ihn richtig. Die Pauschalierung von 75 Prozent ab dem Zeitpunkt der Einschränkungen, bedingt durch die Corona-Pandemie, würden die Träger erhalten.

Frau Lietzmann gibt einige Erläuterungen zur Umfrage zur Corona Situation an den Dresdner Oberschulen ab. Die Unterlagen dazu wurden den Mitgliedern ausgereicht.

Frau Stadträtin Scharnetzky schildert folgenden Fall: Ein Arztehepaar, die beide nicht flexibel zuhause bleiben können. Diese hätten ein Problem mit den verkürzten Betreuungszeiten der Kita. Daher interessiere sie, ob es ein Konzept gebe, dass bei den systemrelevanten Berufen die bisherige Regelung greife.

Das Problem sei **Frau Bibas** bekannt. Deswegen hätte der EB Kita auch dafür votiert, schnellst möglich zum Regelbetrieb zurück zu kehren. Die Crux an der Sache seien aber die festen Gruppen mit einer festen Bezugsperson, daher sei eine längere Betreuung nicht möglich. Die Bezugsperson einer Gruppe könne nicht geändert werden.

Frau Stadträtin Scharnetzky möchte wissen, ob schon Gespräche mit dem Freistaat geführt worden wären, damit die Erzieherinnen und Erzieher Zugriff auf die Plattform „Lernsax“ erhalten, damit die Zusammenarbeit (z. B. Hausaufgabenbetreuung) zwischen Hort und Schule besser funktioniere.

Frau Bibas antwortet, die Erzieherinnen und Erzieher hätten keinen Zugriff auf das Portal „Lernsax“. Es sei aber auch noch nicht geprüft worden, warum dies nicht so sei. Die Erzieherinnen und Erzieher hätten für die Verwaltungsarbeit eine eigene Hard- und Software. Die Kinder würden die Hard- und Software der Schule nutzen, dies hätte den Hintergrund, dass diese Computer besonders kinder- und jugendrechtlich geschützt seien.

Herr Schöne wünsche sich eine Präsentation im Jugendhilfeausschuss zur Auswertung der Statistik und Sachberichte 2018. Es bestehe offensichtlich eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem örtlichen Jugendhilfeträger und dem Schulträger zum Thema „Kindeswohlgefährdung“. Diese Vereinbarung sei den Schulen im Detail offensichtlich nicht bekannt. Die Träger stießen immer wieder auf Probleme, wenn diese an den eigenen Kinderschutzprojekten für die Schulsozialarbeit arbeiten. Er fragt, ob die Inhalte der Kooperationsvereinbarungen für die Träger öffentlich gemacht werden können. Des Weiteren möchte er wissen, wie weit die Bedarfsüberprüfung im Bereich Hilfen zur Erziehung sei und ob schon Erkenntnisse vorliegen bzw. wie diese dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Die Statistik „Auswertung der Statistik und Sachberichte 2018“ sei deshalb schon ausgereicht worden, damit sich die Mitglieder damit vertraut machen könnten, so **Frau Lemm**. Es sei geplant, das Thema in der kommenden Sitzung auf die TO zu nehmen. Bzgl. der Kooperationsvereinbarung werde sie prüfen, wie diese den Trägern zugänglich gemacht werden könne. Im UA sei berichtet worden, dass der ASD bis Ende Juni 2020 den Prüfungsabschluss erziele. Sobald ihr ein Ergebnis vorliegt, werde sie das Thema im UA HzE einbringen und man müsse sich dann auch verständigen, wie der Jugendhilfeausschuss informiert werden soll.

Zur vorliegenden Statistik wären auch die Interpretation und Rückschlüsse wichtig, die das Jugendamt daraus ziehe, äußert **Herr Marschel**.

Herr Stadtrat Dietze hätte eine Anfrage von Eltern mit einem behinderten Kind erreicht. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass die Eltern einen Handwerksbetrieb führen und somit nicht systemrelevant seien. Das Kind hätte längere Zeit nicht im Hort betreut werden können. Ihn interessiere, wieso so lange an der Regelung festgehalten worden sei.

Frau Bibas würde gerne den Fall detailliert nachprüfen, dazu benötige sie aber konkrete Angaben.

Anfang Mai 2020 sei gesagt worden, dass die Bescheide für die einjährige Förderung der Projekte bis zur Haushaltssperre nicht alle erstellt worden seien, führt **Frau Marth** aus. Sie bittet um eine Übersicht, damit im nächsten UA Förderung dem nachgegangen werden könne.

Frau Lemm erklärt, die Haushaltssperre hätte keinen Einfluss auf die beschlossenen einjährigen Projekte. Die Mittel seien im Haushalt gebunden worden, dies sei eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie für eine Zuwendung bereitstehen. Dass nicht alle Bescheide erteilt worden seien, hätte daran gelegen, dass der Träger noch nicht alle Bescheid relevanten Voraussetzungen vorgelegt hätte. Sie werde im nächsten UA Förderung dazu berichten.

Herr Müller fügt noch einige Details zur Umfrage zur Corona Situation an den Dresdner Schulen hinzu. Es sei u. a. sehr von der Schule abhängig gewesen, wie die häusliche Lernzeit von statten

gegangen sei. Viele Schülerinnen und Schüler seien froh darüber, dass die Anzahl der zu erbringenden Leistungen gesenkt worden sei.

Die Kooperationsvereinbarung sei im Schulportal eingestellt, sämtliche Dresdner Schulen hätten darauf Zugriff, konstatiert **Herr Reinsch**. Es werde aber eine Aktualisierung der Kooperationsvereinbarung angestrebt.

Weiterer Informationsbedarf bzw. Fragen werden nicht angezeigt.

4 Strategische Planung zur Umsetzung inklusiver Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Dresden

**V0141/19
beschließend**

Die Beschlussempfehlung des UA Kita wird von **Herrn Schöne** eingebracht und erläutert.

Weitere Anmerkungen werden seitens der Mitglieder nicht angezeigt. **Frau Hörenz-Pissang** bittet um Abstimmung in Form der Beschlussempfehlung des UA Kita. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Strategische Planung gemäß Anlage 1 (Vorlage) zur Umsetzung inklusiver Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Dresden für alle im Bedarfsplan aufgenommenen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die nachfolgend genannten drei Handlungsfelder:
 - a. Entwicklung einer bedarfsgerechten stadträumlichen Angebotsstruktur gemeinsamer Bildungsräume für Kinder mit und ohne Behinderung
 - b. Professionalisierung von Fachkräften der Kindertageseinrichtungen und von Kindertagespflegepersonen für inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung für alle Kinder mit ihren jeweiligen Bedarfslagen
 - c. Entwicklung von förderlichen Rahmenbedingungen für bedarfsgerechte Betreuungssettings
3. Der Oberbürgermeister wird mit der weiteren Prozesssteuerung zur Umsetzung inklusiver Kindertagesbetreuung beauftragt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die anfallenden Kosten zur Umsetzung des Beschlusspunktes 2 Handlungsfeld b jährlich im Haushaltplan der Landeshauptstadt Dresden ab dem Jahr 2021 im Rahmen der Prioritätensetzung zu berücksichtigen.
5. Der Oberbürgermeister informiert schriftlich den Jugendhilfeausschuss und informiert jährlich im Beirat für Menschen mit Behinderungen über die Entwicklungen und Ergebnisse bis zum Jahr 2027 angelegten Entwicklungsprozess.

Derzeit seien alle laufenden Projekte finanziell gesichert, äußert **Herr Marschel**. So wie es der Antrag vorgebe, stehe die Frage im Raum, wie ggf. mit den finanziellen Mitteln umgegangen werde. Deshalb interessiere sie, ob es für den Fall schon eine Prioritätenliste gebe.

Eine Prioritätenliste gebe es noch nicht, so **Frau Lemm**. Es gebe aber feste Themen. Dies sei die Frage zum Stressszenario. Die Vorlage V0221/20 stehe in der Warteschleife. Im Rahmen der Abfrage bei den freien Trägern, die die Förderung für das Jahr 2020 schon erhalten hätten, würden Informationen (Stichtag 5. Oktober 2020) erbeten, was an Mittel nicht verbraucht worden sei und an das Jugendamt zurückgeführt werde. Parallel dazu gebe es das Verfahren „Mehrbedarfe Unterjährig“, diese entstünden außerhalb der schon beschiedenen Dinge. Hier lägen Anträge vor, in denen es z. B. um Stufenanstieg, Tarifierhöhung gehe. Das Antragsvolumen betrage derzeit 150 000 Euro.

Für **Herrn Stadtrat Dietze** bestehe nach wie vor das Problem, dass er den Jugendhilfeausschuss bei dem Großteil der Beschlusspunkte als nicht zuständig erachte. Daher wünsche er sich, dass die Abstimmung parallel wie im UA Planung durchgeführt werde.

Frau Hörenz-Pissang erläutert, die Abstimmung soll genauso erfolgen, wie der UA Planung diese durchgeführt hätte.

Weitere Fragen werden seitens der Mitglieder nicht angezeigt. **Frau Hörenz-Pissang** bittet um punktweise Abstimmung in Form der Beschlussempfehlung des UA Planung. Der Ausschuss ist beratend tätig.

Beschlussvorschlag:

Die im Zuge der COVID-19-Pandemie erlassenen Maßnahmen haben zu einer bisher unbekanntem Ausnahmesituation geführt, deren soziale Folgen kurz- und langfristig massiv sind und sein werden. Um im weiteren Verlauf der Krise auf Probleme reagieren und soziale Verwerfungen abmildern zu können, ist es unerlässlich, einen finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten.

1. Der Oberbürgermeister und der Fachbedienstete für das Finanzwesen werden aufgefordert, die erlassene Haushaltssperre so zu überarbeiten und zu präzisieren, dass unverhältnismäßige fach- und finanzpolitische Folgen vermieden werden.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 6

2. Der Stadtrat hebt die Haushaltssperre punktuell für folgende Bereiche auf:

a) bis d), f) bis i)

Abstimmung: Nicht zuständig

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3

e) für alle bisher nicht gebundenen Fördermittel im Jugendamt,

Abstimmung: Zustimmung
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 6

Abstimmungsergebnis:

punktweise Abstimmung

6 Berichte aus den Unterausschüssen

Frau Stephan berichtet, der UA HzE hätte am 25. Mai 2020 getagt. In der Sitzung sei über den Stand der Überprüfung der Hilfen durch den ASD informiert worden. Geplant sei, dass der Abschluss und die Auswertung der Hilfen zur Erziehung dem UA HzE am 14. September 2020 vorgelegt werden soll.

Der UA Kita hätte sich in der Sitzung am 3. Juni 2020 mit der Vorlage V0197/20 befasst, informiert **Herr Schöne**. Die Vorlage V0302/20 sei vertagt worden und soll in der kommenden Sitzung erneut behandelt werden.

Der UA Planung hätte sich am 3. Juni 2020 mit dem Antrag A0083/20 beschäftigt, gibt **Herr Stadtrat Kießling** bekannt.

Weitere Berichte gibt es nicht.

Da es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung keinen weiteren Informationsbedarf gibt, bedankt sich **Frau Hörenz-Pissang** für die Aufmerksamkeit und beendet die Sitzung.

Melanie Hörenz-Pissang
Vorsitzende

Monika Weber
Schriftführerin

Franz-Josef Fischer
Stadtrat

Thomas Preißler
Mitglied